

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Mobilfunksendeanlagen — Gesundheitsrisiken durch Elektrosmog reduzieren**

Der Mobilfunk boomt und bei Einführung der UMTS-Funknetze ist mit einer Verdoppelung der bestehenden Sendemaststandorte in Bremen zu rechnen. Viele Menschen fürchten um ihre Gesundheit, wenn in ihrer Nähe Mobilfunkantennen aufgestellt werden. Die unkoordinierte Aufstellung von Mobilfunksendeanlagen ohne Öffentlichkeitsbeteiligung hat heute schon zu einer Situation geführt, die den Gesundheitsschutz der Bevölkerung nicht ausreichend berücksichtigt.

Die bisherigen Grenzwerte beziehen sich ausschließlich auf die mögliche Erwärmungen des Organismus aufgrund der thermischen Wirkung. Sie sind aber nicht geeignet, Gesundheitsrisiken durch gepulste Hochfrequenzstrahlung auszuschließen. Verschiedene Studien weisen hier auf mögliche Beeinträchtigungen wie Schlafstörungen oder Störungen des Hormonhaushalts hin. Die geltenden Grenzwerte gewährleisten keinen vorsorgenden Gesundheitsschutz.

Aufgrund des geltenden Rechts haben die Länder und Kommunen zurzeit kein Instrumentarium, um eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu gewährleisten. Ein unter dem Gesichtspunkt des Umwelt- und Gesundheitsschutz koordiniertes Aufstellen von Sendemasten ist nicht vorgesehen.

Zwar ist die Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber zu begrüßen, beim Ausbau ihrer Sendestandorte Einwände der Kommunen stärker einzubeziehen. Sie reicht aber nicht aus, sondern muss um landesrechtliche Regelungen ergänzt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. im Rahmen der Novellierung der Bundesimmissionsschutzverordnung darauf hinzuwirken, dass die Grenzwerte für die elektrische Feldstärke drastisch gesenkt werden.
2. Ein Messprogramm durchzuführen, das die tatsächliche Belastung der Bremer und Bremerhavener Bevölkerung durch Mobilfunksendeanlagen erfasst. Auf dieser Grundlage sind die Gesundheitsrisiken zu bewerten.
3. Bis Dezember 2001 landesrechtliche Regelungen für die Aufstellung von Sendeanlagen zu entwickeln, die
 - eine Beteiligung der Öffentlichkeit beinhalten,
 - das Einvernehmen mit der Kommune und den Beiräten vorschreiben,
 - die Ausweisung von Ausschlussgebieten im Umkreis von Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten und Wohngebieten ermöglichen.

Dr. Karin Mathes, Doris Hoch,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen